

Betäubungsmittelrecht

Bearbeitet von
Von Jörn Patzak, Leitender Regierungsdirektor, und Dr. Wolfgang Bohnen, Oberstaatsanwalt

4. Auflage 2019. Buch. XXVII, 235 S. Softcover
ISBN 978 3 406 73192 1
Format (B x L): 16,0 x 24,0 cm

[Recht > Strafrecht > Strafgesetzbuch](#)

Zu [Leseprobe](#) und [Sachverzeichnis](#)

schnell und portofrei erhältlich bei


DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Online-Fachbuchhandlung [beck-shop.de](#) ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.

Patzak/Bohnen
Betäubungsmittelrecht


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Betäubungsmittelrecht

von

Jörn Patzak

Leitender Regierungsdirektor, Leiter der Justizvollzugsanstalt Wittlich,
Lehrbeauftragter an der Universität Trier, Fach Strafrecht

und

Dr. Wolfgang Bohnen

Oberstaatsanwalt in Trier

4. Auflage 2019

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG



Zitiervorschlag: *Patzak/Bohnen* BtMR Kap. Rn.



www.beck.de

ISBN 978 3 406 73192 1

© 2019 Verlag C.H. Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München

Druck und Bindung: Druckhaus Nomos
In den Lissen 12, 76547 Sinzheim

Satz: Textservice Zink, 74869 Schwarzach
Umschlaggestaltung: Druckerei C.H. Beck Nördlingen

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort

Wir freuen uns sehr, dass sich unser Buch weiterhin großer Beliebtheit erfreut, denn mittlerweile ist auch die dritte Auflage vergriffen. Vielen Dank für das bisher in uns gesetzte Vertrauen! Das hätten wir uns im Jahr 2008, als wir mit dem Projekt begonnen hatten, nicht träumen lassen. Wir haben die Gelegenheit genutzt, die Neuauflage kritisch durchzusehen und die zahlreichen Gesetzesänderungen sowie neue Entscheidungen seit Erscheinen der Voraufgabe im Jahr 2015 in die vorliegende vierte Auflage einzuarbeiten, ohne den grundlegenden Charakter des Werks zu verändern. Es richtet sich weiterhin an Juristen und Nichtjuristen, die sich einen schnellen, komprimierten Überblick über das Betäubungsmittelrecht verschaffen wollen.

Neu berücksichtigt sind folgende Gesetzesänderungen: Mehrere BtMÄndVO mit der Aufnahme verschiedener Neuer Psychoaktiver Stoffe, das Gesetz zur Änderung betäubungsmittelrechtlicher und anderer Vorschriften vom 10.3.2017 mit der Zulassung von Medizinalcannabis als verschreibungsfähiges Betäubungsmittel der Anl. III, das Gesetz zur Änderung des ZollVG vom 10.3.2017, das Gesetz zur Reform der strafrechtlichen Vermögensabschöpfung vom 13.4.2017, die 3. BtMVVÄndVO vom 22.5.2017 mit grundlegender Änderung der Vorschriften zum Substitutionsrecht, das 25. Gesetz zur Änderung des Strafgesetzbuches vom 17.7.2017 sowie das Gesetz zur effektiveren und praxistauglicheren Ausgestaltung des Strafverfahrens vom 17.8.2017 mit Änderung des § 81a StPO und weiteren Vorschriften im Bereich der verdeckten Maßnahmen und der Einfügung von § 454b Abs. 3 StPO. Das im November 2016 in Kraft getretene Neue-psychoaktive-Stoffe-Gesetz (NpSG) vom 21.11.2016 haben wir in einem neuen Kapitel 3 eingehend erläutert und dazu aus Gründen der Übersichtlichkeit das Thema „Drogen im Straßenverkehr“ aus dem bisherigen Kapitel 2 in ein neues Kapitel 4 verschoben. Wegen der umfassenden Änderungen haben wir uns dazu entschlossen, auch die Absätze mit neuen Randnummern zu versehen.

Bei den Betäubungsmitteln/NPS haben wir die aktuellen Szeneentwicklungen (insbes. synthetische Opioide) und bei der Rechtsprechung folgende Schwerpunktgebiete neu eingearbeitet: Abgrenzung Täterschaft/Teilnahme bei sog. Einkaufsgemeinschaften, Anforderungen an die Sorgfaltspflichten beim Weiterverkauf von Betäubungsmitteln in Unkenntnis der Betäubungsmittelleigenschaft, Grundsätze der eigenverantwortlichen Selbstgefährdung bei Abgabe von Betäubungsmitteln, Abgrenzung Bewertungseinheit und Tateinheit infolge von Teildentität der Ausführungshandlungen und Vorhersehbarkeit beim Fahren unter Drogeneinfluss, wenn der Konsum längere Zeit vor Fahrtantritt erfolgt ist. Wir haben weitere Übersichten und Tabellen eingefügt, um einen schnellen Überblick zu wichtigen Fragen zu ermöglichen.

Auch bei der vierten Auflage ist es uns ein Bedürfnis, wieder unseren vielen Ratgebern und Unterstützern einen Dank auszusprechen. Das sind: *PHK Werner Clemens* von der Polizeiinspektion Trier, *Dr. Andreas Ewald*, Leiter der Toxikologie der Rechtsmedizin an der Universität des Saarlandes, *Dr. Jan Schäper*, Baye-

risches Landeskriminalamt, und *Dr. Siegfried Zörntlein*, Landeskriminalamt Rheinland-Pfalz.

Für Kritik und Anregungen sind wir – wie bisher – dankbar und hoffen, dass Ihnen unser Buch eine Hilfe bei der täglichen Arbeit ist.

Wittlich und Trier, im April 2019

Jörn Patzak und Dr. Wolfgang Bohnen



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Aus dem Vorwort zur ersten Auflage

Seit vielen Jahren sind wir als Staatsanwälte im Betäubungsmitteldezernat tätig. Es sind regelmäßig dieselben Probleme, die auf diesem eigentümlichen Gebiet des Nebenstrafrechts dem „Nichtfachmann“ besondere Schwierigkeiten bereiten. Dies haben wir zum Anlass genommen, in diesem Buch die wichtigsten Rechtsprobleme vorzustellen und die Lösungen anhand einer Vielzahl von Fallbeispielen zu erläutern. Unser Ziel ist es, das Betäubungsmittelrecht möglichst einfach und überschaubar darzustellen.

Den eigentlichen Rechtsfragen haben wir in Kapitel 1 eine Beschreibung der gängigsten Drogen vorangestellt. Ohne grundlegende Kenntnisse der wichtigsten Betäubungsmittel, insbesondere ihres Aussehens, ihrer Herkunft und ihrer Wirkungen, lassen sich auch zahlreiche Rechtsfragen nicht richtig verstehen. In Kapitel 2 beschäftigen wir uns mit dem materiellen Betäubungsmittelrecht, wobei wir nicht nur auf die Strafvorschriften des BtMG eingehen, sondern auch das in der Praxis bedeutsame Thema Drogen im Straßenverkehr behandeln. Ein Überblick über die Rechtsfolgen, insbesondere die Strafzumessung, und über die Regelungen zu „Therapie statt Strafvollstreckung“ rundet die materiell-rechtlichen Fragen ab. Im letzten Kapitel wollen wir die wichtigsten strafprozessualen Maßnahmen ansprechen. Gerade in diesem Bereich hat sich durch die Änderung der StPO zum 1.1.2008 vieles geändert. Das Buch wird durch die wichtigsten Gesetzestexte in den Anlage A bis C sowie ein „ABC des Drogen-Jargons“ in Anlage D vervollständigt.

Wir wollen uns mit diesem Buch an alle richten, die erstmals mit dem Betäubungsmittelrecht befasst sind, etwa Referendare, Berufsanfänger und Neueinsteiger in diesem Gebiet, sei es als Verteidiger, als Staatsanwalt oder als Strafrichter. Darüber hinaus soll dem dort tätigen Nichtjuristen, insbesondere Polizeibeamten und Suchtberatern, ein Überblick über diese besondere Materie einschließlich strafprozessualer Fragen gegeben werden. Letztlich ist es unser Ziel, auch dem „Drogenfachmann“ ein übersichtliches Nachschlagewerk an die Hand zu geben, in dem er die wichtigsten Entscheidungen zu den einzelnen Rechtsproblemen auf einen Blick finden kann, ohne lange in den einschlägigen Kommentierungen suchen zu müssen. Unsere Erfahrungen aus der täglichen Arbeit haben wir in Form der grau unterlegten Tipps und Hinweise einfließen lassen.

Trier, im August 2008

Jörn Patzak und Dr. Wolfgang Bohnen



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Aus dem Vorwort zur ersten Auflage	VII
Abkürzungsverzeichnis	XIX
Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur	XXIII
Schrifttumsverzeichnis	XXV
Kapitel 1. Die gängigsten Betäubungsmittel und Neue Psychoaktive Stoffe	1
A. Cannabis	1
I. Herkunft	1
II. Cannabisprodukte	1
III. Anbaumethoden	3
IV. Wirkungen	4
V. Rechtslage	5
1. Cannabissamen	5
2. Umgang mit Nutzhanf und Marihuana mit Wirkstoffgehalten nicht über 0,2 Prozent	5
3. Anbau von Cannabispflanzen im Rahmen der Rübenzüchtung	5
4. Anbau von Nutzhanf durch bestimmte Unternehmen der Landwirtschaft ..	5
5. Umgang mit Cannabismedizin	5
VI. Geschichte	6
VII. Zusammenfassung	7
B. Heroin	8
I. Herkunft	8
II. Wirkungen	9
III. Rechtslage	9
IV. Geschichte	10
V. Zusammenfassung	10
C. Kokain	11
I. Herkunft und Wirkungen	11
II. Rechtslage	11
III. Geschichte	12
IV. Zusammenfassung	12
D. Crack	13
I. Herstellung und Wirkungen	13
II. Rechtslage	13
III. Geschichte	14
IV. Zusammenfassung	14
E. Amphetamin	14
I. Herstellung und Wirkungen	14
II. Rechtslage	15
III. Geschichte	15
IV. Zusammenfassung	15
F. Methamphetamin	16
I. Herstellung und Wirkungen	16

II. Rechtslage	17
III. Geschichte	17
IV. Zusammenfassung	18
G. Ecstasy (MDMA/MDA/MDE)	18
I. Herstellung	18
II. Wirkungen	19
III. Rechtslage	19
IV. Geschichte	19
V. Zusammenfassung	19
H. LSD	20
I. Herstellung und Wirkungen	20
II. Rechtslage	20
III. Geschichte	20
IV. Zusammenfassung	21
I. Psilocybin	21
I. Herkunft und Wirkungen	21
II. Rechtslage	21
III. Zusammenfassung	22
J. GHB/GBL („Liquid Ecstasy“, „K.O.-Tropfen“)	23
I. Herkunft und Wirkungen	23
II. Rechtslage	23
III. Geschichte	23
IV. Zusammenfassung	24
K. Neue Psychoaktive Stoffe (sog. „Legal Highs“)	24
I. Herkunft und Wirkungen	24
II. Rechtslage	26
III. Zusammenfassung	26
L. Sonstige	27
I. Fentanyl/Carfentanyl	27
II. Buprenorphin (<i>Subutex</i> ®)	27
III. Methylphenidat (<i>Ritalin</i> ®)	27
IV. Benzodiazepine (Diazepam und Co.)	28
Kapitel 2. Materielles Betäubungsmittelstrafrecht	29
A. Die wichtigsten Vorschriften im Überblick	29
B. Anwendungsbereich des BtMG	31
I. Die Anlagen I bis III zu § 1 Abs. 1 BtMG	31
II. Betäubungsmittelimitate („Linkfälle“)	33
C. Erlaubter Umgang mit Betäubungsmitteln	34
I. Erlaubnis nach § 3 Abs. 2 BtMG	34
II. Ausnahmen von der Erlaubnispflicht (§ 4 BtMG)	35
1. Ausnahmen für Apotheker	35
2. Ausnahmen für den Umgang mit ärztlich verschriebenen Betäubungsmitteln	35
3. Ausnahmen für Strafverfolgungsbehörden	36
III. Recht der Ärzte, Betäubungsmittel der Anlage III zu verschreiben, verabreichen und zum unmittelbaren Verbrauch zu überlassen	37
1. Voraussetzungen	37

2. Besonderheiten nach der BtMVV	38
3. Verschreibung von Betäubungsmitteln zur Substitution	40
a) Definition und Ziele	40
b) Substitutionsmittel	40
c) Voraussetzungen zur Verschreibung eines Substitutionsmittels	40
d) Ablauf der Substitutionsbehandlung: Grundsätzlich Sichtvergabe	41
e) Wochenendrezept, Take-Home-Verschreibung	41
f) Besonderheiten bei der Verschreibung von Diamorphin	41
D. Die verschiedenen Mengen des BtMG	42
I. Nicht geringe Menge	42
1. Die nicht geringe Menge der gängigsten Betäubungsmittel	43
2. Die nicht geringe Menge bei mehreren unterschiedlichen Betäubungsmitteln	44
II. Die „einfache Menge“	44
III. Geringe Menge	45
E. Die wichtigsten Tatbestandsalternativen des § 29 BtMG	45
I. § 29 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 BtMG	45
1. Anbau	46
2. Herstellen	46
3. Erwerben/sich auf sonstige Weise verschaffen	47
4. Einfuhr/Ausfuhr/Durchfuhr	48
5. Veräußern/Abgeben/auf sonstige Weise in den Verkehr bringen	50
6. Handeltreiben	51
a) Begriffsbestimmung	51
b) Erfolgreicher Verkauf von Betäubungsmitteln	51
c) Ankauf von Betäubungsmitteln zum Zwecke des Weiterverkaufs	52
d) Strafbarkeit bloßer An- und Verkaufsverhandlungen	52
aa) Anbieten von Betäubungsmitteln	52
bb) Anfragen des Täters an seinen Betäubungsmittellieferanten	52
cc) Bloße Vorbereitungshandlungen	53
dd) Nachweis des Handelreibens im Verfahren	54
e) Eigennützigkeit	54
f) Fahrlässiges Handeltreiben beim Weiterverkauf von Betäubungsmitteln in Unkenntnis der Betäubungsmittelleigenschaft	55
g) Abgrenzung Täterschaft/Teilnahme bei Kurierfahrern	56
aa) Ältere Rechtsprechung	56
bb) Neuere Rechtsprechung	56
h) Beihilfe zum Handeltreiben trotz vorheriger Sicherstellung der Betäubungsmittel	57
II. § 29 Abs. 1 S. 1 Nr. 3 BtMG (unerlaubter Besitz)	57
1. Begriffsbestimmung	57
2. Abgrenzung strafbarer Besitz/strafloser Konsum	58
3. Wegnahme von Drogen durch Eltern/Lehrer/Sozialarbeiter aus Fürsorgegründen	59
4. Strafbarer Mitbesitz	59
5. Betäubungsmittelrückstände in Konsumutensilien	59
III. § 29 Abs. 1 S. 1 Nr. 6b BtMG (Verabreichen/Verbrauchsüberlassung)	60
1. Begriffsbestimmung	60
2. Strafbarkeit bei der Teilnahme an Cannabisraucherrunden	60
a) Zwei Teilnehmer	60
b) Drei oder mehr Teilnehmer	61
3. Gemeinsame Benutzung von Betäubungsmittelspritzen	61
4. Gemeinsamer Konsum eines Betäubungsmittels in Pulverform	62
IV. § 29 Abs. 1 S. 1 Nr. 11 BtMG (Verschaffen/Gewähren einer Gelegenheit zum unbefugten Verbrauch)	62

1. Begriffsbestimmung	62
2. Strafbarkeit von Eltern und Lehrern	63
V. Sonstige Tatbestandsalternativen	63
VI. Besonders schwerer Fall (§ 29 Abs. 3 BtMG)	64
F. Tatbestandsalternativen des § 29a BtMG	65
I. § 29a Abs. 1 Nr. 1 BtMG (Abgabe/Verbrauchsüberlassung von Betäubungsmitteln an Minderjährige)	65
II. § 29a Abs. 1 Nr. 2 BtMG (Handeltreiben/Herstellung/Abgabe/Besitz in nicht geringer Menge)	65
G. Tatbestandsalternativen des § 30 BtMG	66
I. § 30 Abs. 1 Nr. 1 BtMG (Bandendelikte)	66
II. § 30 Abs. 1 Nr. 2 BtMG (gewerbsmäßige Abgabe/Verabreichung/ Verbrauchsüberlassung an Jugendliche)	67
III. § 30 Abs. 1 Nr. 3 BtMG (leichtfertige Todesverursachung)	68
IV. § 30 Abs. 1 Nr. 4 BtMG (unerlaubte Einfuhr von Betäubungsmitteln in nicht geringer Menge)	68
H. Tatbestandsalternativen des § 30a BtMG	69
I. § 30a Abs. 1 BtMG (Bandendelikte mit Betäubungsmitteln in nicht geringer Menge)	69
II. § 30a Abs. 2 Nr. 1 BtMG (Bestimmen einer Person unter 18 Jahren zum Absatz von Betäubungsmitteln)	69
III. § 30a Abs. 2 Nr. 2 BtMG (Umgang mit Betäubungsmitteln in nicht geringer Menge unter Mitführen von Waffen)	69
1. Schusswaffen	70
2. Sonstige Gegenstände	70
3. Mitsichführen	70
I. Konkurrenzen	71
I. Bewertungseinheit	72
1. Wichtigste Fallgruppen	72
a) Wiederholter Verkauf von Betäubungsmitteln aus einem einheitlich erworbenen Vorrat	72
b) Erwerb, der teilweise zum Handeltreiben, teilweise zum Eigenkonsum dient	73
c) Lieferung von Teilmengen	73
d) Weiterverkauf von zusammengeführten Mengen	74
2. Voraussetzung für die Annahme einer Bewertungseinheit	74
3. Prozessuale Folgen der Bewertungseinheit	75
II. Tateinheit infolge von Teilidentität der Ausführungshandlungen	76
1. Wichtigste Fallgruppen	76
a) Verbindung mehrerer Rauschgiftgeschäfte durch einen Zahlungsvorgang	76
b) Kurzzeitiges Zusammentreffen von getrennt erworbenen Betäubungsmitteln bei der Auslieferung an verschiedene Abnehmer	77
c) Umtausch von Betäubungsmitteln mit Erhöhung der Liefermenge gegen Aufpreis	77
d) Gleichzeitige Lagerung von Betäubungsmitteln aus unterschiedlichen Lieferquellen	77
2. Prozessuale Folgen bei Annahme von Tateinheit	78
III. Sonstige Konkurrenzverhältnisse	78
1. Handeltreiben	79
a) Handeltreiben und Einfuhr	79
b) Bandenmäßiges Handeltreiben und Einfuhr	79
c) Handeltreiben und Erwerb	79

d) Handeltreiben und Besitz	80
2. Veräußern/Abgeben	81
3. Erwerb/Einfuhr	81
4. Besitz	81
5. Verbrauchsüberlassung	82
6. Anbau	82
J. Absehen von Strafverfolgung gemäß § 31a BtMG	83
I. Geringe Menge bei Cannabisprodukten	83
II. Geringe Menge bei anderen Betäubungsmitteln	84
III. Öffentliches Interesse an der Strafverfolgung	85
Kapitel 3. Neue-psychoaktive-Stoffe-Gesetz (NpSG)	87
A. Anwendungsbereich	87
B. Strafrechtliches Verbot	87
I. Grundtatbestand	88
1. Handeltreiben mit NPS	88
2. Inverkehrbringen	88
a) Vorrätighalten zum Verkauf oder zur sonstigen Abgabe	88
b) Feilhalten	88
c) Feilbieten	88
d) Abgabe	89
e) Überlassen zum unmittelbaren Verbrauch	89
f) Nicht strafbar: Sonstiges Inverkehrbringen	89
3. Verabreichen	89
4. Herstellen zum Zwecke des Inverkehrbringens	89
5. Verbringen in den Geltungsbereich des Gesetzes zum Zwecke des Inverkehrbringens	89
6. Fahrlässige Tatbegehung bei Handeltreiben, Inverkehrbringen und Verabreichen	90
II. Qualifikationen	90
III. Konkurrenzen	91
1. Verhältnis zu BtMG und AMG	91
2. Bewertungseinheit	91
C. Verwaltungsrechtliches Verbot/polizeirechtliche Sicherstellung	91
D. Strafrechtliche Sicherstellung	92
E. Ausnahmen vom Verbot	92
Kapitel 4. Drogen im Straßenverkehr	93
A. Straftat nach § 316 StGB oder Ordnungswidrigkeit nach § 24a Abs. 2 StVG?	93
I. Einzelheiten zu § 24a Abs. 2 StVG	95
1. Objektiver Tatbestand	95
a) Wirkstoffmindestgrenze	95
b) Nichterreichen der Wirkstoffmindestgrenze	96
c) Empfehlungen der Grenzwertkommission	96
d) Konsum von Betäubungsmitteln unterschiedlicher Wirkstoffqualität	97
e) Medikamentenprivileg	97
2. Subjektiver Tatbestand	98
II. Einzelheiten zu § 316 StGB	98
1. Keine absolute Fahrunsicherheit	99
2. Relative Fahrunsicherheit	99
a) Nachweis durch Fahrfehler	99
b) Nachweis durch sonstige Indizien	100
c) Einordnung von verlangsamten Pupillenreaktionen	101

B. Verhältnis BtM-Straftat und Verkehrsverstoß	102
C. Entnahme einer Blutprobe (§ 81a StPO)	103
I. Anordnungskompetenz	104
1. Ausnahme bei Straßenverkehrsdelikten	104
2. Ausnahme bei Gefahr im Verzug	104
II. Beweisverwertungsverbot bei Verstoß gegen die Anordnungskompetenz	105
III. Festhalterecht	105
D. Die Entziehung der Fahrerlaubnis durch die Verwaltungsbehörde	106
I. Drogenkonsum und Fahreignung	106
1. Fahreignung bei Cannabiskonsum	106
a) Regelmäßige Einnahme von Cannabis	106
b) Gelegentliche Einnahme von Cannabis	106
2. Fahreignung bei Cannabismischkonsum	107
II. Drogenbesitz und Fahreignung	107
III. Vorrang des Strafverfahrens	107
IV. Mitteilungspflichten	108
Kapitel 5. Rechtsfolgen der Tat	109
A. Strafzumessung	109
I. Prinzip der Gesamtwürdigung	109
II. Strafraumenwahl	110
III. Wichtige allgemeine Strafzumessungsgrundsätze	112
1. Geständnis	112
2. Generalpräventive Erwägungen	113
3. Untersuchungshaft	113
4. Einziehung	113
a) Einziehung (des Wertes) von Taterträgen (früher Verfall) nach §§ 73 ff. StGB	113
b) Einziehung von Tatmitteln nach §§ 74 ff. StGB	113
IV. Spezifische Erwägungen im Betäubungsmittelstrafrecht	114
1. Art der Drogen	114
2. BtM-Menge	115
a) Wirkstoffmenge im Grenzbereich nach unten (sog. „niedrige nicht geringe Menge“)	115
b) Erhebliches Überschreiten der nicht geringen (Wirkstoff)-Menge	115
c) Gesamtmenge des Betäubungsmittelgemischs	116
3. Handeltreiben	117
a) Leerformel der verwerflichsten Alternative	117
b) Nicht zwingend zum Handeltreiben gehörende Modalitäten	117
c) Sonstige Strafzumessungserwägungen	117
4. Eigenverbrauch	117
5. Mengen sowohl zum Handeltreiben als auch zum Eigenverbrauch (Mischfälle)	118
6. Sicherstellung der Betäubungsmittel	118
7. Polizeiliche Beobachtung der Tat	119
8. Tatprovokation durch Vertrauenspersonen und Verdeckte Ermittler	119
9. Aufklärungshilfe/Kronzeugenregelung (§ 31 BtMG)	121
a) Voraussetzungen der Aufklärungshilfe	121
b) Prozessuales	122
10. Betäubungsmittelabhängigkeit und §§ 20, 21 StGB	123
a) Voraussetzungen für Schuldunfähigkeit und verminderte Schuldfähigkeit	124
b) Feststellung der Drogenabhängigkeit	125

11. Vertypete Milderungsgründe des StGB und ihre praktische Bedeutung im Betäubungsmittelstrafrecht	125
V. Bildung einer Gesamtfreiheitsstrafe (§§ 53 f. StGB)	126
VI. Entziehung der Fahrerlaubnis und Fahrverbot	126
1. Entziehung der Fahrerlaubnis nach § 69 StGB	127
2. Fahrverbot gem. § 44 Abs. 1 S. 2 StGB	127
B. § 64 StGB	128
I. Überblick	128
II. Die Voraussetzungen der Unterbringung nach § 64 StGB in einer Übersicht	128
III. Aussichtslosigkeit einer Therapie	130
IV. Vorwegvollzug	131
C. Bewährung	132
I. Voraussetzungen	132
II. Auflagen und Weisungen	133
D. Vermögensabschöpfung und Einziehung	134
I. Die Einziehung von Taterträgen (früher Verfall) (§ 73 StGB)	134
II. Erweiterte Einziehung von Taterträgen (§ 73a StGB)	136
III. Einziehung des Wertes von Taterträgen (§ 73c StGB)	137
IV. Vermögenslosigkeit, Härten	138
V. Abtrennung der Entscheidung über die Frage der Einziehung von Taterlösen	138
VI. Einziehung (§§ 74 ff. StGB, 33 Abs. 2 BtMG)	138
1. Grundsätzliches zur Einziehung	138
2. Die Einziehung von Betäubungsmitteln	139
3. Die formlose Einziehung	140
4. Einziehung von Wertersatz	140
VII. Sicherung des Anspruchs auf Einziehung bzw. des Wertersatzes	140
E. Rechtsfolgen kraft Gesetzes	141
F. Registerrechtliche Folgen einer Verurteilung	141
I. Überblick	141
II. Tilgung	142
III. Unbeschränkte Auskünfte	142
IV. Beschränkte Auskünfte (Führungszeugnis)	142
1. Nichteintragung von Bagatelurteilen in das Führungszeugnis	142
2. Nichteintragung von Urteilen nach dem Betäubungsmittelgesetz	142
3. Mitteilungspflicht der Betäubungsmittelabhängigkeit	143
4. Erweitertes Führungszeugnis	143
5. Tilgung von Eintragungen im Führungszeugnis	143
Kapitel 6. Therapie statt Strafe (§§ 35, 36 BtMG)	145
A. Allgemeines	145
B. Voraussetzungen	146
I. Antrag	146
II. Tat aufgrund von Betäubungsmittelabhängigkeit	146
III. (Rest-) Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren	146
IV. Der Rehabilitation dienende Behandlung	148
V. Therapiebereitschaft	149
VI. Therapieplatz und Kostenzusage	150
VII. Zustimmung des Gerichts	150
C. Rechtsmittel (Anfechtung)	150

D. Widerrufungsgründe	151
E. Anrechnung von Therapiezeiten	151
I. Die obligatorische Anrechnung nach § 36 Abs. 1 BtMG	151
II. Die fakultative Anrechnung nach § 36 Abs. 3 BtMG	152
F. Aussetzung zur Bewährung	153
G. Verhältnis zu § 64 StGB	153
Kapitel 7. Prozessuale Fragen	155
A. Tatort	155
B. Tatverdacht	156
C. Der Umgang mit „vertraulichen Hinweisen“ und Einsatz von Vertrauenspersonen ..	156
I. Voraussetzungen für die Inanspruchnahme	158
1. Nicht bei Bagatelldelinquenz	158
2. Tatverdacht	158
3. Grundsatz der Subsidiarität	159
II. Eingeschränkter Beweiswert	159
III. Verfahren der Zusicherung der Vertraulichkeit	160
D. Einsatz eines Verdeckten Ermittlers (§§ 110a ff. StPO)	160
I. Voraussetzungen	161
II. Verfahrensrechtliche Fragen zum VE-Einsatz	161
1. Zustimmungserfordernis der Staatsanwaltschaft	161
2. Zustimmungserfordernis des Gerichts	162
3. Besondere Verfahrensvorschriften	162
E. Der nicht öffentlich ermittelnde Polizeibeamte (NOEP)	162
F. Überwachung der Telekommunikation	163
I. Formen von Telekommunikation	164
1. Rechtsgrundlage für die Überwachung unverschlüsselter Kommunikation ..	164
2. Rechtsgrundlage für die Überwachung verschlüsselter Kommunikation (Quellen-TKÜ)	165
3. Beschlagnahme von E-Mails	166
a) Technische Phasen der E-Mail-Versendung	166
b) Rechtsgrundlagen für die Beschlagnahme	166
II. Materielle Voraussetzungen für die Anordnung der Überwachung der Telekommunikation	167
1. Katalogtaten, Einzelfallprüfung der Schwere der Tat, Subsidiarität	167
2. Schutz des Kernbereichs privater Lebensführung	167
3. Schutz der Beziehungen zu Berufsgeheimnisträgern	168
III. Überwachung der Anschlüsse nicht verdächtiger Personen (§ 100a Abs. 3 Alt. 2 StPO)	169
1. Nachrichtenmittler	169
2. Sonstige Anschlüsse, die der Beschuldigte nutzt	170
IV. Abgrenzung der Überwachung der Telekommunikation vom Raumgespräch ..	171
V. Verwertung in anderen Verfahren	171
1. Verwertung in Verfahren, die Katalogtaten betreffen	172
2. Verwertung in anderen Verfahren, die keine Katalogtaten betreffen	172
VI. Die Anordnungskompetenz	173
VII. Einführung der Erkenntnisse in die Hauptverhandlung	173
1. Überlassung von Datenträgern an den Verteidiger	173
2. Beweisaufnahme über die Erkenntnisse aus der Überwachung der Telekommunikation	174

a) Verwertung durch Abspielen der Telefongespräche in der Hauptverhandlung	175
b) Verwertung durch Verlesung der Niederschriften	175
G. Besondere Verfahrensregelung von verdeckten Maßnahmen	175
I. Aktenführung bei bestimmten Maßnahmen (§ 101 Abs. 2 StPO)	176
II. Kennzeichnungspflicht (§ 101 Abs. 3 StPO)	176
III. Unterrichtung des Gerichts	176
IV. Unterrichtung der Beteiligten	176
V. Hinweis auf die Möglichkeit nachträglichen Rechtsschutzes	177
VI. Ausnahmen von der Unterrichtung	177
1. Verbot der Benachrichtigung	177
2. Fakultatives Absehen von der Benachrichtigung	178
3. Nachforschungspflicht	178
VII. Löschung	179
H. Erhebung der Verkehrsdaten (§ 100g StPO)	179
I. Verkehrsdatenerhebung nach § 100g Abs. 1 StPO	179
1. Verkehrsdaten („Abrechnungsdaten“)	179
2. Anordnungsvoraussetzung	180
II. Vorratsdatenspeicherung	180
1. Vorratsdaten	180
2. Anordnungsvoraussetzungen	181
3. Schutz der Berufsgeheimnisträger	181
III. Funkzellenabfrage (§ 100g Abs. 3 StPO)	182
1. Begriff	182
2. Anordnungsvoraussetzungen	182
IV. Anordnungscompetenz	182
V. Weitere Vorschriften	182
I. IMSI-Catcher (§ 100i Abs. 1 Nr. 1 StPO)	183
J. Standortfeststellung (§ 100i Abs. 1 Nr. 2 StPO)	183
K. Bestandsdatenauskunft (§ 100j StPO)	183
I. Auskunft nach § 100j Abs. 1 S. 1 StPO zu Bestandsdaten (Vertragsdaten des Teilnehmers) nach § 3 Nr. 3 TKG	184
II. Auskunft zu Zugangssicherungs-codes nach § 100j Abs. 1 S. 2 StPO	184
1. Auskunft zu Zugangssicherungs-codes zu externen Speichern	185
2. Richtervorbehalt bei Bekanntgabe von Zugangscodes	185
III. Auskunft zu (dynamischen) IP-Adressen nach § 100j Abs. 2 StPO	185
IV. Benachrichtigungspflicht	185
L. Überblick Verdeckte Maßnahmen	186
M. Durchsuchung von Wohnungen (§ 102 StPO)	188
I. Verdachtsgrad	188
II. Probleme bei der Anordnungscompetenz aufgrund Gefahr im Verzug	189
N. Legendierte Kontrollen	191
O. Beschlagnahme von Briefsendungen durch die Zollverwaltung	192
P. Besondere Probleme in der Hauptverhandlung	192
I. Einführung der Angaben von Informanten, Vertrauenspersonen und Verdeckten Ermittlern	192
1. Zeugen vom Hörensagen	192
2. Eingeschränkter Beweiswert	193
3. Richterliche Aufklärungspflicht	193

XVIII

Inhaltsverzeichnis

II. § 55 StPO	194
III. Verfahrensabsprachen	196
1. Absprachen in der Hauptverhandlung	196
a) Zu beachtende Maximen	196
b) Pflichten der Staatsanwaltschaft	198
2. Absprachen im Ermittlungsverfahren	199
Anhang	201
A. BtMG (Auszug)	201
B. Anlagen I bis III zu § 1 Abs. 1 BtMG (Auszug)	212
I. Anlage I (nicht verkehrsfähige Betäubungsmittel)	212
II. Anlage II (verkehrsfähige, aber nicht verschreibungsfähige Betäubungsmittel) .	214
III. Anlage III (verkehrsfähige und verschreibungsfähige Betäubungsmittel)	214
C. Anlage 4 zu den §§ 11, 13 und 14 FeV (Auszug)	215
D. NpSG (Auszug)	216
E. Auszug aus dem Bundeszentralregistergesetz (BZRG)	218
F. ABC des Drogen-Jargons	220
Stichwortverzeichnis	229


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG